

GÖTTINGER BLÄTTER

09.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► MieterInnenverarsche im Nobelhotel – die Verhöhnung kennt keine Grenzen

Seit Anfang des Jahres bereits sind die Planungen der Adler Real Estate AG (ARE) in Grone grob bekannt, ohne dass diese sich bislang die Mühe gemacht hätte, die betroffenen MieterInnen direkt zu informieren. Zwar gab es im Februar eine sogenannte BürgerInnenanhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung, die das Baurecht vorsieht. Aber schon diese Veranstaltung war eine Farce, da die betroffenen MieterInnen keine Chance hatten, rechtzeitig oder überhaupt Zeit und Raum zu erfahren.

Auch auf einen offenen Brief der MieterInneninitiative von Anfang Juni, der die zahlreichen Mängel der 1100 Wohnungen aufgelistet hat, die vor jeder teuren Modernisierung erst mal zu beheben seien, wurde nicht reagiert.

Erst jetzt am 18.08. lud nun die ARE ihre MieterInnen aus Grone Süd in das noble Freizeit In endlich zu einer Informationsveranstaltung ein. „Warum? Weil wir Sie mit einbeziehen und Sie gleichzeitig für die Erneuerung begeistern möchten. Und weil wir verhindern wollen, dass Missverständnisse aufkommen über das, was wir wollen und das, was die Veränderungen für Sie bedeuten können.“ So zitiert aus dem Hochglanzflyer, den rd. 500 Haushalte in Grone Süd bekamen. Die MieterInnen in Grone Nord ließ man zunächst außen vor: Teile und herrsche?

Die Herren der ARE zeigten sich enttäuscht, dass nur knapp ein Fünftel

der Eingeladenen, also ca. 100 Personen erschienen waren. Auf die Kritik, warum man die Veranstaltung nicht im Stadtteil machen würde, kam die Behauptung, dort hätte gerade kein geeigneter Tagungsort zur Verfügung gestanden.

Wer's glaubt - und man ist in der Tat geneigt, diesen Herren gar nichts mehr zu glauben. Auch wären es ja auch nur 7 Minuten per Bus aus Grone Süd. Der Einwand der MieterInnen, das sie dies 4,80 Euro für den Bus kosten würde, stieß bei den Herren, die sich wahrscheinlich in höheren Gehaltsklassen als Grone Süd üblich, bewegen, natürlich auf wortloses Unverständnis. So fühlten sich die MieterInnen von Anfang an wie im falschen Film.

Auch im weiteren Verlauf der Veranstaltung stießen Welten aufeinander: Die schicke Powerpointpräsentation bot im Vergleich zu der heimlichen „öffentlichen“ Anhörung im Februar nichts neues,

sondern nur die allgemeine Darstellung von umfangreichen Modernisierungsvorhaben mit ansprechenden Bildern und „schönen“ Sprachhülsen. Was die Menschen vor allem interessiert hätte, wo im konkret wann welche Arbeiten begonnen werden, war nicht erkennbar und es wurden mündlich auch keine Details dazu mitgeteilt.



im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Mieter*innenverarsche	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Niedersachsen	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Mieter*innenverarsche 12	

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2018
ist der 21. September.
Auslieferung am 27. September.

Wahrscheinlich beginne man im März 2019. Womit und wo? Darauf bekamen die MieterInnen keine Antworten.

Die Vorhaben seien ja bereits im Infolyer aufgelistet worden: Aufstockung der 3- und 4-stöckigen Wohnblöcke nebst Fahrstuhleinbau, Fassadendämmung, neue Fenster, neue Eingangsbereiche und Treppenhäuser, Sanierung der elektrischen Leitungen, so erforderlich und Erweiterung der Balkone.

Insbesondere Letzteres stieß bei den MieterInnen auf einhellige Kritik: „Wir haben alle Balkone, wir wollen und brauchen keine Erweiterung und wollen dafür nichts bezahlen! Nehmen Sie dies zur Kenntnis!“, so eine Mieterin. Deutlicher hätten die MieterInnen dies den Herren der Adler AG nicht mitteilen können, die ja schließlich eingeladen hatten, um die MieterInnen einzubeziehen!

Deutlich wurde: Es geht der Adler AG nicht um ihre aktuelle MieterInnenschaft.

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

🔊 Aufruf des niedersächsischen Bündnisses „#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz“ zur zentralen Demonstration in Hannover am 08.09.2018

Die Landesregierung aus CDU und SPD sieht im aktuellen Gesetzentwurf massive Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse und einen Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte vor. Aber auch in anderen Bundesländern sehen wir ähnliche Verschärfungen, die den Staat mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat ausbauen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entschieden entgegen. Den Gesetzentwurf "NPOG" der niedersächsischen Landesregierung lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab und fordern dessen Zurücknahme. Anders als bisher soll die Polizei in Zukunft schon dann Menschen überwachen, verfolgen und gefangen nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen. Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung der Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft, ein so genannter Paradigmenwechsel. Die Verwischung der Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit stellt die Gewaltenteilung infrage.

Folgende Neuregelungen lehnen wir ab:
Polizeiliche Sanktionen und Überwachungsmaßnahmen gegen konkrete Personen bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung einer terroristischen Straftat

- Meldeauflagen ohne Richter*innenvorbehalt (§ 16 a)
- Aufenthaltsvorgaben u. Kontaktverbote ohne Richter*innenvorbehalt (§ 17 b)

- Elektronische Fußfessel ohne Richter*innenvorbehalt (§ 17 c)
- Durchsetzungs- und Präventivgewahrsam bis zu 74 Tage (§ 18 I Nr. 3)
- Videoüberwachung im Gewahrsam (§ 20 IV S. 4)
- Polizeiliche Quellen-Telekommunikationsüberwachung (§ 33 a)
- Polizeiliche Online-Überwachung mittels Trojaner (§ 33 d I)
- Verdeckte Personen-Observation (§ 34 I)
- Verdeckte Bild- und Sprachaufzeichnungen sowie Aufenthaltsermittlungen außerhalb von sowie in und aus Wohnungen (§§ 35, 35 a i. V. m. § 34 I)
- Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittler*innen (§§ 36, 36 a)

Verschärfte Strafverfolgung von Versammlungsteilnehmenden

- Einordnung des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs gem. § 125 a StGB als Straftat von erheblicher Bedeutung gem. § 2 Nr. 14 b, um Demonstrierende durch technische Mittel, Observationen und V-Leute präventiv überwachen zu können (§§ 34 I, 36)
- Vermummung auf Versammlungen (Demonstrationen) als Straftat (Art. 2)

Überwachung des öffentlichen Raums bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sowie Zugriff auf Daten Dritter



- Bild- und Tonaufzeichnungen von Personen bei öffentlichen Veranstaltungen (§ 32 I)
- Bildübertragung aus öffentlich zugänglichen Räumen (§ 32 III)
- Bild- und Tonaufnahmen mittels polizeilicher Bodycams (§ 32 IV)
- Videoüberwachung zur Geschwindigkeitskontrolle (Section Control) (§ 32 VIII)
- Einsichtnahme in und Herausgabe von Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlich zugänglicher Räume (§ 32 a)

Zusätzliche Mittel zur Ausübung des unmittelbaren Zwanges

- Elektroimpulsgeräte (Elektroschocker, Taser) noch vor Schlagstockeinsatz (§ 69 IV)

Gewerkschafter*innen gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz (NPOG)

Die in fast allen Bundesländern geplanten neuen Polizeigesetze bedeuten einen massiven Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte als Teil der Rechtsentwicklung der Regierung. In Bayern wurde es von der CSU-Landesregierung trotz massiver Proteste bereits beschlossen. Anders als bisher soll die niedersächsische Polizei in Zukunft „vorbeugend“ schon dann Menschen überwachen, bespitzeln, durch Computer-Trojaner ausforschen, verfolgen und für bis zu 74 Tage in „Präventivgewahrsam“ nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen.

Das betrifft auch alle Gewerkschafter*innen! Nicht nur als Teilnehmer*in von Umwelt-, Antifa-, G20- Protesten oder als Fußballfan, sondern auch in betrieblichen Auseinandersetzungen! In Deutschland gibt es kein allseitiges, vollständiges und gesetzliches Streikrecht. Mit den neuen Polizeigesetzen könnten alle, die auf Versammlungen für betriebliche Kampfmaßnahmen außerhalb von Tarifrunden sprechen - z. B. gegen Stilllegungen, Entlassungen oder für die Übernahme von Leiharbeiter*innen - kriminalisiert und als potentielle Streikführende „präventiv“ eingesperrt werden. Das ist nicht abwegig. VW in Wolfsburg holte in der Vergangenheit

schon mehrfach die Polizei gegen Flugblattverteiler. Einen Vorgeschmack bekamen aktuell auch die gegen die Betriebsschließung streikenden Kolleginnen und Kollegen von Neue Halberg Guss in Leipzig, denen mit Polizeieinsatz gedroht wurde.

Deshalb:

Niedersächsische Gewerkschafter*innen sagen NEIN zum NPOG!
Mobilisiert in Betrieben und Gewerkschaften!
Kommt zur Großdemo am 8. September 2018 in Hannover!

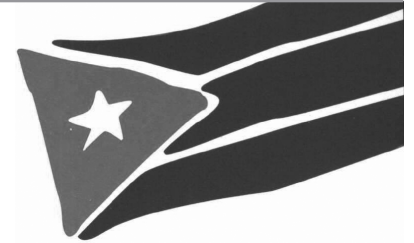
<https://nonpog.de/petitionen/gewerkschafterinnen-gegen-npog/>

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

am 11. September um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Kuba: Neues Gesetz über den Privatsektor veröffentlicht

Neue Regelungen für die 591.456 „Cuentapropistas“. Regierung will mit transparentem Rahmen Korruption, Steuerhinterziehung und Bürokratismus verhindern (Von Marcel Kunzmann, amerika21)

Havanna. Kubas Regierung hat die Neuregulierung des Privatsektors der Insel bekannt gegeben. Mit dem Gesetz wird ein einheitliches System geschaffen, das einen transparenten Rahmen für die Arbeit auf eigene Rechnung (Cuentapropismo) setzt und gleichzeitig Korruption und Steuerhinterziehung eindämmen soll. Durch die Bündelung vieler Lizenzen soll auch die Bürokratie abnehmen.

Im August 2017 war die Ausgabe neuer Lizenzen für die „Arbeit auf eigene Rechnung“ in vielen Bereichen pausiert worden. Vor allem die zunehmende Korruption und Steuerhinterziehung sowie der um sich greifende Schwarzmarkt wurden damals als Gründe genannt, das System des privaten Kleingewerbes einer Feinjustierung zu unterziehen.

Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Die über 200 Berufe wurden in 13 Berufskategorien zusammengefasst (ohne dass dadurch Berufe entfallen würden). Wer jetzt zum Beispiel ein Manikürestudio mit Friseursalon aufmachen will, braucht dafür keine zwei gesonderten Lizenzen mehr.
- Es wird keine Lizenzen mehr für private Lebensmittelverkäufer (in Form von Straßenkarren), CD und DVD-Händler sowie private Fahrgeschäfte auf Jahrmärkten geben. Personen, die bereits eine entsprechende Lizenz haben, können diese jedoch weiterhin ausüben. Neue Lizenzen kamen für die Kategorien Bars, Süßbäcker und Vermieter von Fahrzeugen hinzu.
- Gleichzeitig wird jede Person nur eine Lizenz ausüben. Wer beispielsweise eine Unterkunft an Touristen vermietet und eine Bar betreibt, muss sich für eines der beiden Geschäfte entscheiden. Dies betrifft 1,6 Prozent der Cuentapropistas, für 98 Prozent gibt es keine Änderung.
- Wer eine Lizenz im Bereich Zimmervermietung, Gastronomie, im Baugewerbe

oder Transportsektor (hier: nur in Havanna und ab vier Passagieren) besitzt, muss künftig seine gesamten betrieblichen Einnahmen und Ausgaben auf einem Bankkonto aufführen.

► Private Zimmervermieter können jetzt auch an juristische Personen vermieten und im Fall einer Auslandsreise eine Vertretung vor Ort benennen.

► Die Kontrolle des Cuentapropismo wird stärker auf die Provinzverwaltungen verlagert. Sie können in Zukunft mehr eigene Richtlinien, Preisobergrenzen und Orte ausweisen, die den Bedingungen vor Ort besser entsprechen.

► Auf steuerlichem Gebiet soll es einige Vorteile für kleine Betriebe geben: so wird die Steuer auf Arbeitskräfte bis zu den ersten fünf Angestellten ausgesetzt, zudem wird ein Monatslohn fällig, zwischen sechs und zehn Arbeitern zwei Monatslöhne, etc. In Havanna wird es hingegen aufgrund der hohen Konzentration an entwickelten Privatbetrieben wohl zu etwas höheren Abgaben kommen. Diese werden für die Mehrzahl der Betriebe jedoch marginal (zwischen fünf und 40 CUP pro Monat) ausfallen, für zwei Prozent der Cuentapropistas sind jedoch bis zu 300 Pesos im Monat mehr fällig.

► Der Katalog möglicher Strafen und Sanktionen bei Regelverstößen wurde weiter differenziert. Er reicht nun von einem Informationsschreiben, über Strafzahlungen, den zweijährigen Entzug der Lizenz bis hin zum endgültigen Lizenzentzug. Dieser droht jedoch nur bei besonders schweren Verstößen wie Verwicklung in Drogenhandel, Prostitution und andere kriminelle Aktivitäten sowie bei der illegalen Beschäftigung Minderjähriger.

► Der private Transportsektor wird einer Neuordnung unterzogen. Die Lizenzen werden jetzt wieder auf einzelne Bereiche



Auch für ihn gelten die neuen Regelungen: Ein Herrenfriseur (Barbero) auf eigene Rechnung in Kuba

(Landes-, Provinz- und Gemeindeebene) ausdifferenziert sowie nach Kategorien unterschieden: Linientaxi, freies Taxi oder „Komfortaxi“ (vor allem im Tourismussektor). Fahrer müssen sich entscheiden, für welchen Bereich sie ihre Lizenz erhalten wollen. Wer ein Überlandtaxi mit mehreren Personen fährt, muss mindestens drei Jahre Berufserfahrung haben. Zudem erhalten Taxifahrer mehr Rechtssicherheit: bisher durfte die Lizenz des Personentransporteurs nur ausgeübt werden, wenn der Fahrer auch Besitzer des Fahrzeugs ist – was in der Praxis nicht immer zutrifft. Um diesen halblegalen Zustand zu beenden, wurde die Lizenz des Fahrzeugvermieters geschaffen. Künftig können Taxifahrer ihre Fahrzeuge also legal anmieten. Damit wird eine rechtliche Grauzone eliminiert, die den Staat jährlich große Steuereinbußen gekostet hat. Weitere Details zur Neuordnung des Transportsektors in Havanna sollen in Kürze folgen.

Heute zählt Kuba 591.456 Cuentapropistas (im Vergleich zu 157.351 bei Beginn der Reform im Jahr 2010). Damit stellt das private Kleingewerbe 13 Prozent der Arbeitsplätze. „Es gibt keinen Weg zurück bei der Arbeit auf eigene Rechnung“, versicherte die Vizeministerin für Arbeit und soziale Sicherheit, Marta Elena Feitó Cabrera bei der Bekanntgabe des Gesetzes. „Diese Wirtschaftsaktivität soll erhalten werden, allerdings auf geordnete Weise.“



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Der erste Gefährder

(<https://unsere-zeit.de/de/5032/innenpolitik/9039/Der-erste-Gef%C3%A4hrder.htm>)

Staatsschutz benutzt PAG, Nürnberger Kommunist darf sein Kind nicht sehen

Der erste Gefährder Bayerns heißt Claudio K. Er ist Betriebsrat, Gewerkschafter und Kommunist. Die Polizei verhaftete Claudio am 9. Juni auf der Demonstration gegen den AfD-Landesparteitag in Nürnberg. Der Vorwurf: Er soll bei einer Rangelei der Polizei mit dem Schwarzen Block einen Beamten mit einer Fahnenstange geschlagen haben, so zumindest die Aussage zweier USK-Beamter. Die Polizei ermittelt seitdem gegen ihn wegen „schwerer Körperverletzung“. Zeugen bestätigen, dass Claudio während der ganzen Demonstration die Technik auf dem Lautsprecherwagen des Nürnberger Jugendbündnisses betreute, der sich nicht mal in der Nähe des Schwarzen Blocks befand. Trotzdem entzog das Jugendamt Claudio das Umgangsrecht zu seinem 5-jährigen Kind.

Gegen Ende der Demonstration näherten sich zwei Polizeitrupps von vorne und hinten dem SDAJ-Block und zogen Claudio gezielt aus der Menge. Auf die Frage, warum er jetzt vorläufig festgenommen werde, hieß es nur, das werde er auf der Wache erfahren. Dort musste Claudio gut eine Dreiviertelstunde lang auf dem Gang stehen, durfte sich nicht setzen, trinken oder austreten. Erst als er dem diensthabenden Beamten drohte, er werde sehr viel zu putzen haben, durfte Claudio die Toilette benutzen. Danach begann das Verhör, ein Kripo-Beamter belehrte ihn und teilte ihm die Anschuldigung der schweren Körperverletzung mit. Claudio verweigerte die Aussage. Dann setzte ein Beamter des Landeskriminalamtes (LKA) Bayern die Befragung fort. Er eröffnete Claudio, dass dem LKA seine SDAJ-Mitgliedschaft bekannt sei. Er solle davon ein bisschen erzählen, wer zum Beispiel in der SDAJ Leitungsfunktionen innehatte. Wenn sich er kooperativ zeige, dann könne man ihm das positiv anrechnen. Claudio verlangte daraufhin einen Anwalt, was ihm verweigert wurde. Eine Dreiviertelstunde dauerte die Befragung noch, Claudio schwieg.

Infobox

Claudio K. ist Betriebsrat in einem Galvanik-Betrieb mit acht Beschäftigten in Nürnberg. Da er und seine Kollegen wegen der guten Auftragslage bis zu 65 Stunden in der Woche arbeiten mussten, forderten sie von ihrem Chef, weitere Arbeitskräfte einzustellen. Im Zuge der Auseinandersetzung gründeten Claudio und seine Kollegen einen Betriebsrat, seine Kollegen wählten ihn. Der Betriebsrat setzte sich durch: Es wurden weitere Einstellungen vorgenommen und der Betrieb übernimmt keine Aufträge aus der Rüstungsindustrie mehr, die zuvor rund 20 Prozent der Aufträge ausmachten

Während des Verhörs meinte der LKA-Beamte zu ihm, dass man wisse, er Betriebsrat sei, ein Kind habe und es doch schade wäre, wenn es da Probleme gäbe.

Eine Woche nach dem Verhör meldete sich ein Mitarbeiter des Jugendamtes bei Claudio und teilte ihm mit, sie hätten Kenntnis von den Ermittlungen gegen ihn wegen schwerer Körperverletzung bekommen und untersagten ihm deswegen den Umgang mit seinem Kind, dazu reiche der Verdacht auf eine Gewalttat aus. Davor war das Kind alle zwei Wochen bei ihm.

Nach dem Verhör wurde Claudio ohne seine Einwilligung erkennungsdienstlich behandelt und ohne anwesenden Arzt eine DNA-Probe genommen. Zwei Wochen später erhielt Claudio ein Schreiben vom LKA Bayern, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass er jetzt als gewaltbereiter Linksextremist geführt und überwacht werde. Dies bestätigte sich kurz darauf bei einer Anti-Pegida-Demonstration: Claudio trug einen der schwarzen Regenschirme mit sich, die die Gewerkschaft ver.di zuvor verteilt hatte. Die Polizei zog ihn aus der Demonstration heraus und stellte seine Personalien fest,

Mitgliederversammlungen Juli/August:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 02. Oktober,

Kreismitgliederversammlung mit Neuwahlen des Sprecherkreises (siehe Oktoberausgabe der Göttinger Blätter)

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

da ein Regenschirm „ein gefährlicher Gegenstand“ sei. Einen Tag später, auf einer Demonstration gegen zu hohe Mieten, verfolgten ihn zwei Zivilpolizisten. Selbst als er nach der Abschlusskundgebung in einem Nürnberger Szenelokal etwas aß, warteten die Beamten vor dem Lokal auf ihn und begleiteten ihn im Abstand von zehn Metern zur nächsten U-Bahnstation.

Die Nürnberger Staatsanwaltschaft lässt Claudios Anwalt nicht die Akten einsehen. Seit knapp zwei Monaten ermittelt die Nürnberger Polizei im Fall Claudio. Auf eine Anfrage des „Bayrischen Rundfunks“ gab die Polizei an, dass die Ermittlungen und Maßnahmen gegen Claudio im Rahmen des neuen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) stattfinden und somit rechtmäßig seien. Mit dem PAG können sogenannte Gefährder ohne richterliche Anweisung überwacht werden.

Claudio vermutet, dass der Grund für die Repression gegen ihn in seiner Vergangenheit liegt. Er war sieben Jahre lang in der SPD aktiv, bis er zum Nürnberger Jugendbündnis kam, die SDAJ kennenlernte, aus der SPD aus- und in die SDAJ und DKP eintrat. Während seiner Zeit bei der SPD hatte er eine wichtige Parteifunktion inne und musste verschiedene Verschwiegenheitserklärungen zu Vorgängen und Personen unterzeichnen. Jetzt befürchte der Staatsschutz wohl, dass er sich an sein Versprechen nicht mehr halte.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

18. August: Die antifaschistische Hegemonie verteidigt

Die „Zivilgesellschaft“ Grones hatte breit aufgerufen und das „Bündnis gegen Rechts“ hatte – auch auf Bitten der Ortsbürgermeisterin – seine Unterstützung zugesagt. Was dabei herauskam, war ein breit getragener Protest!



Vorbereitung am Freitag-Abend: Nazi-Gegner „verschönen“ den Kreisel in Grone-Süd

Bereits im Juni konnten man auf der facebook-Seite der Republikaner lesen, dass Wilke und Co, die gerade unter der Flagge der sog. Republikaner segeln, Grone-Süd einen Besuch abstatten wollten: „Unsere Route wird uns durch das - ehemals - schöne Grone Süd führen. Einen Stadtteil, der bereits seit Jahren ein Paradebeispiel geisteskranker anti-deutscher Politik ist.“

„Geisteskranke, antideutsche Politik“, das betraf (fast) alle in der Groner Zivilgesellschaft: Parteien, Vereine, Initiativen, die Kindergärten, das Nachbarschaftszentrum, die Kirchengemeinden ... Sogar die CDU im Ortsrat stimmte einem interfraktionellen Antrag zu – im Gegensatz zur CDU im Rat der Stadt.

Als erste informierte GROBIAN mit einem Flugblatt die BewohnerInnen des „Innenraumes“ der geplanten Route in Grone-Süd und rief zu einem „Spaziergang“ am Nachbarschaftszentrum auf. Doch auch die Ortsbürgermeisterin war beim ersten Treffen des „Bündnis gegen Rechts“ dabei und sagte ihre Unterstützung zu.

So fand auf ihre Einladung hin eine Versammlung des „Runder Tisch Grone“ zusammen mit der Vereinsvorstandsversammlung statt, bei der einmütig ein Protest-Fest am Nachbarschaftszentrum geplant wurde.

Der Ortsrat meldete – über die Resolution hinaus – zwei Kundgebungen an und ließ mehrere Transparente herstellen und aufhängen, die SPD verteilte eigene Flugblätter, der DGB sorgte für Technik und Beratung, das Bündnis und die Göttinger Linke hingen eigenen Transparente auf, die Piraten organisierten eine Demo am Vortag und kreative Menschen „verschönerten“ die Demo-Route.

Am Samstag dann, herrschte in Grone der Ausnahmezustand: Kein Auto kam rein, kein Auto kam raus. Der Ausweis des Verfassers dieses Artikels, der innerhalb der Demo-Route wohnt, war gute fünf Minuten in einem Polizeiauto „auf Abgleich“, bevor man ihn nach Hause fahren ließ.

Gute 250 Menschen aus der Nachbarschaft und aus Göttingen, aber auch aus Duderstadt und den anderen Kommunen im Umland, die in den letzten Jahren und

Monaten unter Wilke und Co zu leiden hatten, waren dann bei der Auftaktkundgebung am Siekweg und machten deutlich, dass für organisierte Nazis hier keine Heimat zu finden ist.

Rd. 600 Menschen waren dann lt. GT-online-Ausgabe am 18.8.18 beim Stadtteilstes am Nachbarschaftszentrum, um diese Botschaft zu wiederholen: Neofaschistisches Gedankengut hat hier keinen öffentlichen, unwidersprochenen Raum!

Kleinere und mittlere, sinnige und – vielleicht – nicht so sinnige Aktionen prägten dann die Atmosphäre des Nachmittags – einig in der Botschaft, dass Neofaschismus und Rassismus bekämpft werden müsse. Auf der Bühne am Nachbarschaftszentrum begrüßten sowohl die Ortsbürgermeisterin als auch der Oberbürgermeister die DemonstrantInnen und etliche VertreterInnen von Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden, den Kindergärten stellten ihren Zugang zu den antifaschistischen Zusammenhängen dar.

(...) Fortsetzung auf Seite 12





DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 19. September 2018, 19:00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 73, GÖ

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Wahl eines/einer neue(n) Kreisschatzmeister(in)
4. Berichte/Nachlese vom Landesparteitag
5. Arbeitsplan KV
6. Planung der Wohnungs- und Mietkampagne
7. Planung der Pflegekampagne
8. Finanzanträge
9. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
10. Verschiedenes

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 12. September, 19 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3,GÖ.

Schwerpunktthema: Sofortprogramm Klima des PV DIE LINKE (siehe S. 9)

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 12. September 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Kurt Saalmann (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Dienstag, 25. September, 17:30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr 17



KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalmann, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

NIEDERSACHSEN

<https://www.dielinke-nds.de/start/aktuell/>

Dokumentation Die LINKE. Niedersachsen 14.08.2018

► NO NPOG



Bei der Anhörung zum „NPOG – Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbefugengesetz“ lassen Rechtsexpert*innen und Datenschützer*innen kein gutes Haar am Gesetz. Wer die Gesetzesverschärfungen der letzten Monate und das NPOG analysiert, denkt zwangsläufig daran, dass beim IS die Sektkorken knallen müssen. Sie werden nämlich mit dem Kampf gegen Terror begründet, setzen aber gerade deren Programmatik um: Angriff auf Demokratie und Freiheit! Ein Kommentar des Kreistagsabgeordneten und langjährigen linken Aktivisten Christoph Podstawa.

Endlich! Es bewegt sich was! In Bayern, Bremen und NRW gehen die Menschen auf die Straße und streiten für Demokratie und Grundrechte. Endlich, denn Gesetzesverschärfungen, die mit Rechtsstaatsprinzipien brechen, finden schon seit einigen Jahren statt. Ein Meilenstein war die Erweiterung des Widerstandsparagrafen im Mai 2017. Sie kriminalisiert zivilen Ungehorsam. Alle irgendwie gearteten Einwirkungen auf den Körper eine*r Polizist*in – egal ob harmlos und unabsichtlich – werden zum „tätlichen Angriff“. Darauf warten harte Strafen.

Die Grün-schwarze Regierung in Baden-Württemberg verabschiedete im November 2017 das bisher härteste Polizeigesetz inklusive Vorbeugegewahrsam, „intelligenter“ Videoüberwachung und großen Lauschangriffen. Die schwarz-

grüne hessische Landesregierung stärkt trotz der Erfahrungen mit dem NSU ihren Verfassungsschutz und stellt V-Leute faktisch unter Straflosigkeit. In Bayern ist seit Mai das PAG in Kraft, was durch die Möglichkeit des unendlichen Vorbeugegewahrsams berühmt wurde. Und siehe da: Ein politischer Aktivist wurde vor dem Landesparteitag der AfD in Vorbeugegewahrsam genommen. Die Verschärfungen richten sich gegen politisch Aktive. So wie das NPOG auch.

Was alle Gesetze eint, ist die Einführung einer „drohenden“ (Bayern) bzw. „dringenden“ (Niedersachsen) Gefahr und die Einführung der „terroristischen Straftat“. Wenn also eine „dringende“ Gefahr besteht oder eine Person eine „terroristische Straftat“ begehen möchte, darf die Polizei die Grundrechte aushebeln. Dabei sind beide Definitionen extrem nichtssagend. Aber genau das ist der Trick:

Dringende Gefahr ist „eine im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhte Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt.“ Geht es noch unkonkreter? Klar: „Körperverletzung“ (!) oder auch einen „Gefährlichen Eingriff in den Bahn-, Schiffs und Luftverkehr“ werden nun zu „**terroristischen Straftaten**“, „wenn diese Straftat dazu bestimmt ist, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung von Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich

zu beeinträchtigen, und durch die Art ihrer Begehung oder die Auswirkung einen Staat, ein Land oder eine internationale Organisation erheblich schädigen kann“.

Schienen- und Sitzblockaden – ein gängiges Mittel der Antiatombewegung – können nun schnell „terroristische Straftaten“ werden. Wenn die Polizei vermutet, dass Personen solch eine Straftat planen, dürfen sie die Grundrechte aushebeln, die Personen überwachen, mit Fußfesseln ausstatten und bis zu 74 Tage in Vorbeugegewahrsam nehmen. Das NPOG wirkt wie ein Horrorkatalog, ist aber leider bittere Realität! Der Vorentwurf stammt aus der Feder der rot-grünen Vorgängerregierung und wurde am 1.3.2017 eingebracht. Die Grünen zeigen Verständnis für die Notwendigkeiten der Polizeiarbeit. Das ist keine Oppositionsarbeit, sondern einfach nur armselig. Die FDP mosert ein wenig rum und die AfD ist ohnehin eine „Ein-Thema-Partei“. Das NPOG muss auf der Straße verhindert werden. Am 18.8. ist dezentraler Aktionstag. Am 8.9. ist die zentrale Demo in Hannover. Demokratie und Grundrechte verteidigen wir am besten, wenn wir sie offensiv, selbstbewusst und kreativ nutzen! Wir sehen uns auf der Straße! Für UNSERE Demokratie, Grundrechte und Freiheit!

► Resolution im Kreistag

Die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI im Kreistag hat zur nächsten Kreistags-sitzung am 5. September einen Resolutionsantrag zur Ablehnung des NPOG eingebracht: „Der Kreistag spricht sich gegen das geplante neue „Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz“ (NPOG) aus.“

Ausdrücklich wird in der Begründung auch auf die Betroffenheit Göttingens hingewiesen:

Hier gäbe es eine Tradition des politischen Protests. „Als Universitäts-Standort steht Göttingen für kritischen Geist und unabhängiges Denken. Das geplante NPOG und seine Konsequenzen würden den Landkreis Göttingen somit in besonderer Weise treffen. Nachdem sich Polizeipräsident Lührig lobend zum Gesetzes-Entwurf geäußert hat, ist es notwendig, auch der Kritik eine gewichtige Stimme zu verleihen und die geplanten Einschränkungen unserer Grundrechte zu verhindern.“





DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► LINKE Miet- und Pflegekampagne – Bundeskonferenz im November in Göttingen

Am 9./10. November wird in Göttingen eine bundesweite Aktiven- und Aktionskonferenz der LINKEN stattfinden. Themen sind die seit Mai laufende Pflegekampagne und der für September geplante Start der Mietenkampagne.



Die Kampagne gegen den Pflegenotstand erlaubt eine Ahnung davon, was möglich ist, wenn sich eine bundesweit präsente Partei intensiv eines Themas annimmt. Das flächendeckende Engagement mit Verbreitung von Infomaterial durch Infostände und weitere Aktionen stärkt den Streikenden, die um Tarife für Entlastung kämpfen, den Rücken. Eine gegenseitige Verstärkung! Auch in Göttingen und im weiteren Bereich unseres Kreisverbandes Göttingen/Osterode haben wir in den vergangenen Monaten Erfahrung mit Infoständen zum Thema Pflegenotstand gesammelt: „Finden Sie nicht auch, dass es in Krankenhäusern und Altenheimen zu wenig Personal gibt?“ Wohl kaum jemand, die oder der uns begegnet ist, in Göttingen, Herzberg, Bad Grund, ... beantwortete diese Frage mit „Nein“. So viele Menschen sind durch die Presseberichte über die Arbeitskämpfe für Entlastung und mehr Personal im Pflegebereich erreicht worden! „Problem erkannt, Problem gebannt“ ist aber bei dieser Bundesregierung leider kein Selbstläufer. Damit der „Gesundheitsminister“ Jens Spahn nicht mit Gesetzesinitiativen antwortet, die für Personal, Patient*innen und zu Pflegenden „nach hinten“ los gehen, sammeln wir bundesweit bei der Bevölkerung Unterstützung für die Forderungen der LINKEN: Für 100.000 mehr Pflegekräfte in den Krankenhäusern, 40.000 in der Altenpflege und kein Lohn in der Altenpflege unter 14,50 Euro pro Stunde.

Thema Mietenwahnsinn

Auch die sogenannte Mietpreisbremse geht nach hinten los. Gerade die in ihr festgeschriebene Möglichkeit, besonders energetische Modernisierung und Modernisierungen im Allgemeinen zu großen Anteilen auf die Miete umzulegen, so dass hohe jährliche Mietpreissteigerungen zulässig werden, hat Mieten bundesweit vielerorts noch weiter anziehen lassen. Auch in Göttingen ist das leider spürbar. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist das kommunale Top-Thema. Über das Treiben der Adler GmbH in Grone wurde auch in den Göttinger Blättern ausführlich berichtet. Die erste durch den rot-grün dominierten Stadtrat und die Verwaltung ergriffene Maßnahme, der Ankauf von Belegungsrechten nach einem offenbar durch die Adler GmbH maßgeblich mit formulierten Vertrag, steigerte die Miete im Quartier noch einmal deutlich: Höchstmieten für Personen im Transferleistungsbezug, also nach den Angemessenheitsgrenzen für Kosten der Unterkunft (KdU), orientieren sich ausschließlich an der Anzahl der in einer Wohnung lebenden Menschen. In keiner Weise gibt es bei den KdU eine Höchstgrenze für die Miete pro Quadratmeter. Konsequenterweise nutzte die Adler GmbH dieses durch sie selbst vorbereitete Sprungbrett als Vergleichsmiete für saftige Mieterhöhungen im gesamten Quartier.

Nk/BeK	Zi.	m ²	Miete	Nk/B
1	35	510,-k	zzgl.	

Niedrige Miete statt hohe Rendite!

SFL 1.0G, mit Fenster, Gas, Bj. 1900. GmbH, Tel. de

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wie bei der Pflege kommt es also auch beim Thema Wohnraumnot vor allem darauf an, welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Forderungen unserer Bundespartei nach einer Investitionsoffensive, für fünf Milliarden Euro

jährlich für kommunalen Wohnungsbau, um durch bezahlbare Wohnungen den gesamten Wohnungsmarkt zu entspannen, gilt es an die Bevölkerung heran zu tragen. Wie bei der Kampagne zur Pflege, wo gegenseitige Unterstützung zwischen Partei und Gewerkschaft Druck für Verbesserung schafft, geht es auch bei der Mietenkampagne um Arbeitsteilung und gegenseitige Verstärkung. Durch Mieter*inneninitiativen vor Ort, wie sich zum Beispiel in Grone eine gebildet hat, und um die Formulierung von Forderungen auf Bundesebene durch Kampagnenarbeit unserer Partei, durch uns als Mitglieder.

In diesem Sinne werden alle Interessierten bundesweit zur Konferenz nach Göttingen eingeladen: Wir wollen die verschiedenen Kampagnenaktiven zusammenbringen, in Austausch kommen und nächste Schritte der Kampagnenführung verbindlich planen. Die Aktionskonferenz richtet sich vor allem an Mitglieder, die auf Kommunal- und Landesebene in der Mieten- und Wohnungspolitik aktiv sind oder sich im Rahmen der Pflegekampagne gegen den Pflegenotstand auf unterschiedlichen Ebenen engagieren oder dies im Rahmen der Mietenkampagne tun wollen. Wir wollen bundesweit handlungsfähig werden, um den politischen Druck auf die Bundesregierung aufzubauen.

Interessierte können sich schon voranmelden, am besten gleich mitteilen, welche Themen Euch besonders interessieren:

mietenkampagne@die-linke.de und pfelegkampagne@die-linke.de.

Tagungsort: Jugendherberge Göttingen.

Schatzmeister/in gesucht!

Unser bisheriger Schatzmeister Volker Kühn ist nach knapp siebenjähriger Tätigkeit von seinem Amt zurück getreten, so dass am 19. September ein neuer Schatzmeister bzw. eine Schatzmeisterin gewählt werden muss.

Es sind große Fußstapfen, in die ein potentieller Nachfolger treten muss, hatte doch Volker für seine Funktion sowohl die fachliche Qualifikation als auch das notwendige Fingerspitzengefühl im Umgang mit vielfältigen Wünschen. Leise und unaufgeregt wurde die Kassenführung immer auch zur Zufriedenheit des Landesverbandes erledigt, in dem viele kleinere Kreisverbände nicht mehr imstande sind, aufgrund immer strikterer gesetzlicher Vorgaben die eigenen Finanzen zu verwalten. Danke, Volker!

Schade, aber sieben Jahre sind eine lange Zeit für diesen Job. Wir brauchen jetzt eben Jemand Neues.

► Was nötig ist, um das Klima zu retten

Fünf konkrete Schritte und eine grundlegende Wende

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie hat gerade ihre Forderungen nach einschneidenden Maßnahmen erneuert. Die Klimaziele für 2020 sind von der Bundesregierung boykottiert worden. Jetzt ist sie davon abgerückt. Kohlekraft ist ein Klima-Killer, Deutschland braucht dringend ein CO₂-neutrales Verkehrssystem. Wir wollen alle umweltschädlichen Subventionen beenden. Mit Umweltverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fordert DIE LINKE einen grundlegenden Wandel in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik. Das ist dringend notwendig, es ist bezahlbar und es würde das Leben für Millionen Menschen verbessern.

1. Ein flächendeckender ticketfreier ÖPNV in ganz Deutschland bis 2022

- Wir beginnen mit einer Modellprojektphase in den 15 Städten, die am stärksten durch CO₂ und Feinstaub belastet sind.
- Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Bus und Bahn. Ab sofort fahren Kinder und Jugendliche in öffentlichen Verkehrsmitteln umsonst.
- Parallel zur schrittweisen Einführung des ticketfreien öffentlichen Nahverkehrs müssen die Kapazitäten bei Bus, U- und S-Bahnen erheblich ausgebaut werden. Die Produktion der Verkehrsmittel und der Ausbau der Strecken müssen vorangetrieben werden.
- Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung mindestens im Stundentakt, auch durch Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis.

2. Ausbau des Bahnverkehrs: privat und für den Gütertransport. Die Bahn ist das ökologisch verträglichste Langstrecken-Verkehrsmittel. Sie muss öffentlich betrieben und am Bedarf ausgerichtet werden. Sie muss attraktiver und preiswerter gemacht werden.

- Wir wollen die Ticketpreise senken und eine Sozial-Bahn-Card einführen. Es ist ein Unding, dass die Bahn aufgrund der Subventionen für Flugbenzin für Viele unerschwinglich ist, die ökologisch schädlichen Flugver-

bindungen besonders in den Kurzstrecken aber staatlich zu finanzieren werden. Dieser Trend muss umgekehrt werden! Gerade innerdeutsche und zentral-europäische Flüge können weitgehend durch gute, schnelle Bahnverbindungen ersetzt werden. Das europäische Nachtzug-Netz muss wieder ausgebaut werden.

- Die Strecken müssen ausgebaut statt abgebaut werden. Die Pflege der Strecken muss wieder intensiviert werden. Dass nach jedem Sturm der Zugverkehr lahmliegt hat auch damit zu tun, dass die Gelder für die Pflege des Baumbestandes an den Strecken entlang gekürzt wurden.
- Der Güterverkehr muss wieder auf die Schiene. Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn.
- Kein Stellenabbau bei DB Cargo! Daher setzen wir uns für ein bundesweites Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher nur von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken ein. Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der Schienenverkehr.

3. Schluss mit den Subventionen des Flugverkehrs

- Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biotreibstoff« wollen wir abschaffen. Dabei geht es um eine Summe von über 15 Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren.
- Die sozialen Kosten des Dumpingwettbewerbs im Luftverkehr zeigen sich gerade beim Ryan Air-Streik. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihren Forderungen nach Tarifverträgen, besserer Bezahlung und guten Standards. Der Wettbewerb nach unten muss unterbunden werden. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden, so dass alle Piloten, Flugbegleiter und das Bodenpersonal

unter dieselben Tarifverträge fallen.

- Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden.
- #### 4. Rekommunalisierung der Energieerzeugung
- Die Bundesregierung sitzt die längst überfällige Energiewende aus. Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt werden.
 - DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energie-Eigenversorgung genutzten Netze erhalten.
 - Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern. Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden.
 - Wir wollen ein kostenfreies Grundkontingent an Energie für jeden Haushalt und höhere Preise für Vielverbraucher. Das ist sozial gerecht, denn die Menschen in ärmeren Haushalten hinterlassen auch einen viel geringeren ökologischen Fußabdruck. Je reiner die Haushalte, desto schädlicher für die Umwelt.

5. Sofortprogramm Kohleausstieg bis 2035

DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm mit schnellem Kohleausstieg und einem Fond zur Absicherung der Beschäftigten. Wir wollen einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Kohleausstieg muss sofort beginnen – kein Neubau von Kohlekraftwerken und keine Neuerschließung von Kohleabbau – aller spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz. Die Geschwindigkeit – oder besser die Langsamkeit –, mit der die Bundesregierung hier vorgeht, lässt erwarten, dass diese Daten nicht eingehalten werden. Wir fordern ein ausnahmsloses Verbot von Fracking.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

 Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Sozialausschusssitzung im August:

Das Interesse von Politik und Verwaltung, „bezahlbaren“ Wohnraum zu erhalten bzw. zu schaffen, scheint gering

Das Fazit der anwesenden VertreterInnen von Verwaltung und Kommunalpolitik beim Pkt. 5 der Tagesordnung der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Göttingen am 14.08.2018: Die Mieterhöhungen sind eine „privatrechtliche“ Sache der ADLER REAL ESTATE AG (ARE) und die MieterInnen der 1100 Wohnungen in Grone sollten zum Anwalt zu gehen, wenn sie nicht zufrieden sind.?

Mit diesem Armutzeugnis blenden die Akteure der Göttinger Sozialpolitik konsequent aus, welche weitreichenden Folgen die Modernisierungspläne der ARE haben werden.

Die Göttinger Linke hat seit Bekanntwerden dieser Pläne immer wieder nachgefragt, was die Stadt gedenkt zu tun, damit der Wohnraum in Grone bezahlbar bleibt. So wurde die Verwaltung per Ratsantrag aufgefordert, auszurechnen, was diese Mieterhöhung für den städtischen Haushalt der nächsten Jahre bedeutet. Denn: mindestens 25 der MieterInnen der ARE sind Transferleistungsempfängerinnen.

Diese Frage ist wohl so brisant, dass die Verwaltung sie lieber unbeantwortet lässt. „(...) Kann man nicht ausrechnen (...) Macht zu viel Arbeit (...)“. Dass dies mehrere 100.000 Euro pro Jahr werden und dass dieser Betrag in den nächsten

Haushaltsplan einfließen muss, wurde lieber nicht erwähnt.

Dabei wäre die Rechnung so einfach: Erfassen, für wie viele Haushalte die Miete gezahlt wird, hier die durchschnittliche Wohnungsgröße ermitteln, dies mit dem Betrag der Erhöhung multiplizieren und dann mit zwölf multiplizieren; dann hätten die Verantwortlichen einen Wert, den sie zur Grundlage ihrer eigenen Haushaltsplanung nutzen können.

Auch forderte der Ratsantrag, den TransferleistungsbezieherInnen zuzusagen, dass sie nach der Mieterhöhung nicht ausziehen müssen.

Das Fazit der Verwaltung aus all ihren Milchmädchenrechnungen: Nach Erhöhung seien die Mieten immer noch angemessen. Und: „Nach den vorstehenden Ausführungen ist nicht zu erwarten, dass MieterInnen der Adler Real Estate AG, die sich im Leistungsbezug befinden oder nur über ein geringes Einkommen verfügen, nach der Modernisierung zum Auszug gezwungen sind. Die Übernahme von Garantien zum Verbleib in den Wohnungen ist nicht erforderlich und wäre auch rechtlich nicht möglich.“

Dies wird aber nicht das Ende vom grausamen Lied sein können, denn ganz aktuell hat die Adler AG neue Zahlen herausgegeben. Die „Herren“ schließen

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
 BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
SprecherInnenkreis:

 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de
Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

nun auch eine Erhöhung der Mieten bis zu 3,- Euro/m² nicht aus. Dann steuert die angenommene Durchschnittsmiete – wohlgermerkt eine Angabe der Adler selber – auf die 9 Euro/m² zu. Dies kann auch mit noch so ausgefeilten Rechnungen nicht mehr als bezahlbar oder angemessen gelten. Also alles auf Anfang: Politik und Verwaltung müssen weiter mühsam auf die drohende Wohnungslosigkeit der BewohnerInnen eines ganzen Stadtteils hingewiesen werden, wo sich die Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können. Frage ist nur: Wo sollen sie hin? (bs)

Vorankündigung:

Mitgliederversammlung der WählerInnen- gemeinschaft Göttinger Linke

Der SprecherInnenkreis hat das Datum der diesjährigen Mitgliederversammlung festgelegt auf den:

Mittwoch, 7. November, 19.00 Uhr – vorauss. im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2

Die satzungsgemäße Einladung mit Vorschlag für eine Tagesordnung wird in den Göttinger Blätter, Ausgabe Oktober ergehen.

Die Tagesordnung wird neben den Rechenschafts- und Kassenberichtberichten auch die turnusmäßige Neuwahl des SprecherInnenkreis beinhalten.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 26. Sept., 19.00Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema:

Das neue niedersächsische Polizeigesetz

Referent: NN:

Ziel des Abends ist es, dass wir uns über die Materie klug machen wollen sowie ausloten, welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten es gibt.

Eingeladen sind AktivistInnen aus dem bereits bestehenden Bündnis.

Antrag Aufnahme von 50 geretteten Flüchtlingen aus dem Mittelmeer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Egal welcher Religion wir angehören, welcher Weltanschauung wir uns verbunden fühlen, das Recht auf Leben und sein Schutz gilt fast überall und universell als oberstes Gebot. Unterlassene Hilfeleistung ist in unserem Rechtssystem ein Straftatbestand. Was allerdings mittlerweile im Mittelmeer im Umgang mit Bootsflüchtlingen passiert ist nichts Anderes als unterlassene Hilfeleistung und degradiert all die vielbeschworenen Werte der Zivilisation zu reinen Lippenbekenntnissen. Das Verhalten von Italien und Malta und vieler weiterer europäischer Staaten steht einem zur Hilfe und Humanität verpflichteten Handeln diametral entgegen. Während beschämenderweise staatliche Rettungsprogramme wie z.B. das italienische Mare Nostrum zur Rettung in Not geratener Bootsflüchtlinge schon vor längerer Zeit eingestellt wurden, werden jetzt sogar zivilgesellschaftliche Rettungsaktionen von NGOs verhindert, torpediert und kriminalisiert. Rettungsschiffe werden an die Kette gelegt und am Auslaufen gehindert. Schiffe mit geretteten Flüchtlingen dürfen nicht mehr den nächst gelegenen Hafen anlaufen, um entkräfteten, erschöpften und kranken Menschen zu helfen. Selbst der Tod durch Ertrinken Tausender von Menschen wird mittlerweile billigend in Kauf genommen.

Ja, es wäre vorrangig Aufgabe der in der EU vertretenen Staaten, die Rettung und Aufnahme von Bootsflüchtlingen zu organisieren und zu gewährleisten. Da aber Solidarität, Menschlichkeit und Hilfe längst durch nationale Egoismen, Abschottung und Tatenlosigkeit ersetzt wurden müssen neben den NGOs aus unserer Sicht auch die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Verantwortung treten. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass nach der Weigerung der italienischen und maltesischen Regierung, Rettungsschiffe mit Flüchtlingen in ihre Häfen einlaufen und Flüchtlinge von Bord gehen zu lassen, gerade auch italienische Städte wie Palermo, Valencia und Neapel sich als erste bereit erklärt hatten, die über 600 geretteten Menschen von der Aquarius in ihren Städten aufzunehmen. In den letzten Wochen haben sich auch in vielen deutschen Städten viele tausend Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Aktion „Seebrücke statt Rechtsruck“ für eine solidarische Rettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer und für eine ungehinderte Seenotrettung durch die zivilen Rettungsteams mit ihren Rettungsschiffen eingesetzt.

Es ist aber auch ermutigend, dass immer mehr deutsche Kommunen der Untätigkeit, der Abschottungspolitik vieler europäischer Innenminister und ihrem teilweise damit verbundenen menschenverachtenden Vokabular, ein Zeichen der Solidarität und Hilfsbereitschaft entgegensetzen. Die parteilose Oberbürgermeisterin Henriette Reker, der CDU Oberbürgermeister Sridharan, der SPD Oberbürgermeister Geisel aus Köln, Bonn und Düsseldorf haben sich in einem gemeinsamen Brief mit folgenden Worten an die Bundeskanzlerin gewandt: „als ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter“. So begründet haben sie Angela Merkel angeboten, in Not geratene Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen.

Der Stadtdirektor von Düsseldorf sagte, man wolle damit auch andere Kommunen dazu ermuntern. Ich zitiere: „Es wären viele Kommunen dazu in der Lage, die Aktion zu unterstützen.“ Der Deutsche Städtetag hat sich zwischenzeitlich hinter die NRW Oberbürgermeister*innen gestellt. Er fordert: „Solange Menschen auf der Flucht im Mittelmeer sterben, muss es intensive politische Anstrengungen geben, dieses Drama zu lösen. Der deutsche Städtetag hält es deshalb für „eine große Geste, dass die Städte Köln, Düsseldorf und Bonn ein Signal für Humanität setzen wollen.“ Zwischenzeitlich liegt ein solches Signal aus etlichen weiteren deutschen Städten vor. Auch wenn die Kommunen rechtlich nicht in der Situation sind, selbstständig geflüchtete Menschen aufzunehmen, so können sie zumindest ihre Bereitschaft signalisieren, über das ihnen zugeteilte Kontingent hinaus weitere Menschen aufzunehmen. Dadurch könnte auch ein Kontrapunkt zu zunehmend fremdenfeindlichen, menschenverachtenden und rechtspopulistischen Parolen gesetzt werden und ein Plädoyer für eine offene, tolerante und für Solidarität stehende Gesellschaft gesendet werden. In diesem Sinne meinen wir, dass gerade auch Göttingen sich anbieten sollte und müsste, seinen kleinen Beitrag dazu zu leisten, dem Sterben im Mittelmeer nicht völlig tatenlos gegenüber zu stehen.

Wir bitten Sie um eine möglichst breite Unterstützung für unseren gemeinsamen Antrag. Damit würde der Rat seine Bereitschaft zur Aufnahme von 50 geflohenen und aus dem Mittelmeer geretteten Menschen zu bekunden.

Wie die Göttinger Sparkasse ihre Gewinne vergoldet.

Jahr für Jahr neue Rekordgewinne unserer Sparkasse. Die hat man sich dann vergolden wohl lassen. Aber wie das nun mal im Leben so ist: Nicht alles was glänzt ist wirklich Gold. Kratzt man an der Oberfläche kommt in diesem Falle Schrott hervor. Als Wenig auskunftsfreudig und schmallippig wird nun unser Sparkassenvorstand momentan bezeichnet. Genauso schmallippig und einsilbig, wie er sich bisher gegenüber der Göttinger Linken Ratsfraktion und ihrer Forderung nach einer teilweisen Gewinnausschüttung an seinen Gewährsträger die Stadt verhalten hat. Um es klar zu sagen, die falschen Goldbarren kann die Sparkasse ruhig in ihren Tresoren behalten. Wir wollen nach wie vor Bares für den Stadtsäckel und da lassen wir uns auch weiterhin weder besch... (beschummeln) noch abspeisen.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

(...) Fortsetzung „MieterInnenversuche im Nobelhotel – die Verhöhnung kennt keine Grenzen“ von Seite 1

Sie bauen und modernisieren – nach eigenen Worten – für die MieterInnen von morgen: Zahlungskräftige Menschen wollen sie nach Grone Süd locken und dafür die Anlage mit „zusätzlichen Komfortelementen ausstatten“ (Zitat Infoflyer).

Immerhin war die ARE so ehrlich, die Kosten der Modernisierung den schockierten MieterInnen vorzurechnen: Für alles zusammen bis zu 2,59 Euro/m², eine Erhöhung um 48 %, wenn man von einer bisherigen angeblichen Durchschnittskaltmiete von 5,40 Euro ausgeht! Ein Horrorszenario, das viele MieterInnen in eine Schockstarre versetzt hatte: Hilflose Fragen danach, ob denn die Stadt diese erhöhten Mieten für LeitungsempfängerInnen übernehmen würde, bügelte die Adler naturgemäß ab: Man solle sich damit an die Stadt wenden. Härtefälle könne man besprechen und Lösungen finden. Wieder einmal ein Spruch aus der Welt der Märchen und Sagen.

Auch der fadenscheinige, unseriöse Versuch, den horrenden Erhöhungsbeitrag, die Heizkosten ließen sich durch die energetische Dämmung um 50% verringern, herunter zu rechnen, ist eine Luftnummer: Der Mieterbund geht

von maximalen Einsparungen um 25 % aus. Die MieterInneninitiative hatte schon Anfang des Jahres Kontakt zum Mieterverein Göttingen aufgenommen dieser war auch bei der Informationsveranstaltung unterstützend dabei. Einen Hoffnungsschimmer konnte er liefern: Laut neuester Rechtsprechung ist die Erweiterung eines vorhandenen Balkons keine Modernisierung und die Kosten können nicht umgelegt werden. Dennoch wirkt sich ja der größere Balkon auf die m² der Wohnung aus, die Miete wird allein dadurch teurer.

Auf Nachfrage aus dem Publikum, ob denn die Erhöhung bei dem genannten Betrag von 2,59 Euro gedeckelt sei, konnte die ARE dies nicht versprechen, sondern wollte noch nicht mal ein maximales Limit von 3,- Euro/m² garantieren, da sich z.B. Baukosten erhöhen könnten.

Es fragt sich, warum die Adler AG die aktuellen MieterInnenschaft überhaupt eingeladen hat, denn die Planung läuft auf einen Wechsel der MieterInnenschaft, sprich Gentrifizierung, heraus. Es fiel auch der Begriff „Imagewechsel“ des Stadtteils.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die ARE gar kein wirkliches Interesse an die Kommunikation mit den

jetzigen MieterInnen und schon gar nicht mit der MieterInneninitiative hat. „Warum man nicht auf den Offenen Brief vom Juni geantwortet habe, der nachweislich angekommen sei?“ fragte eine Vertreterin. Als Antwort kamen Ausflüchte, u.a. die Unverschämtheit, man wolle jetzt hier und heute antworten oder man sei ja nicht Adressat gewesen.

Man könnte resignieren angesichts solcher Unverfrorenheit. Viele MieterInnen reagierten auch vorerst so und verließen nach und nach den Saal.

„Dann können wir jetzt auch gehen.“ Damit beendete das anwesende Ortsratsmitglied der Göttinger Linken Hendrik Falkenberg die unglaubliche Veranstaltung. Er war von einer Mieterin gebeten worden bekannt zu geben, dass die ARE nicht einmal bereit sei, die teuren Parkgebühren für den noblen Hotelparkplatz zu übernehmen 4 Euro!).

Dazu fielen den meisten Anwesenden erst einmal nichts mehr ein außer Kraftausdrücken und hilfloser Wut. **Aber: Das nächste Treffen der MieterInneninitiative ist auf den 18.09., 18 Uhr im Nachbarschaftszentrum Deisterstraße anberaumt. Der Kampf um das Zuhause muss weitergehen.**

(...) Fortsetzung „18. August: Die antifaschistische Hegemonie verteidigt“ von Seite 5

Eine kleine Schar von knapp 20 Menschen rund um die Ortsbürgermeisterin und das Ortsratsmitglied Hendrik Falkenberg „besetzte“ denn auch kurzzeitig

– symbolisch – die Sollingstraße, brach das aber ab, als die Polizei drohte, die Straße zu räumen und Strafanzeige zu stellen. Leider ist diese kleine Aktion nicht

richtig koordiniert worden; es hätte eine machtvollere Demonstration des Willens der DemonstrantInnen werden können.

Was bleibt von „so einem“ Tag, an dem die Nazis nun doch durch den Stadtteil gezogen sind?

Für diejenigen, die einen Stopp der Nazis als Ziel ihres Protestes gesehen haben, war das wohl eher eine Niederlage. Aber für diejenigen, die erreichen wollten, dass im eigenen Stadtteil eine antifaschistische Hegemonie hergestellt bzw. erhalten werden sollte, war das ein großer Erfolg! Denn nicht nur „Linke“ (im weitesten Sinn) haben hier gehandelt, sondern auch die bürgerliche Zivilgesellschaft. Und sie haben den öffentlichen Raum für Agitation und Propaganda für Monate fest besetzt! (gusi)



Die „kleine Blockade“ in der Sollingstraße. Zum Schluss saßen hier doch knapp 20 Menschen

